

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 5/2014 vom 20. November 2014

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

36 Maßnahmevorschläge sollen uns glücklich machen

Im Januar 2015 soll eine Sonder-SVV das Integrierte Stadtentwicklungskonzept INSEK „Stadt Erkner 2025“ beschließen.



*Dr. Lothar Kober,
Mitglied im Sozial-
ausschuss*

Drei der vorgeschlagenen Maßnahmen stelle ich kurz vor. Als Prüfkriterium für Sinn oder Unsinn der Maßnahmen nehme ich das zentrale Entwicklungsziel 1 des aktuellen INSEK-Entwurfs: „Erkner – Sicherung der Standort- und Lebensqualität. Die Gerhart-Hauptmann-Stadt Erkner möchte sowohl ihren jetzigen als auch ihren künftigen

Bewohnern ein Zuhause bieten, ihnen eine sichere Versorgung mit sozialen und technischen Infrastrukturangeboten garantieren und dabei sorgsam und verantwortungsbewusst mit den eigenen Ressourcen umgehen.“ (siehe Internetseite der Stadt unter www.erkner.de/380.html)

■ Maßnahme 5.5

... des Zentralen Vorhabens „Sorgsamer Umgang mit knappen Flächen“ befasst sich mit der „Entwicklung von Garagenanlagen zu Bauland“ (INSEK Erkner2025_Final_small.pdf, Seite 116). Alle vorhandenen Garagenstandorte wie Am Schützenwäldchen, Fichtenauer Weg/Im Winkel, Gewerbegebiet zum Wasserwerk, Ahornallee sollen „in Bezug auf die Umwidmung zu Bauland“ geprüft werden (bis 2020).

Die größte Garagenanlage bleibt in der Aufzählung ungenannt. Sie befindet sich in Neubuchhorst zwischen Gerhart-Hauptmann-Straße und Bahn. Rund 200 Garagen in gepflægtem

Zustand (alle genutzt) stehen auf Grund und Boden der Wohnungsgesellschaft. Der Zeitwert der Garagen beträgt etwa vier Millionen Euro; ausgehend von den Preisen, für die Garagen derzeit neue Eigentümer finden. Das Grundstück ist bebaut, also bereits Bauland. Der Bürgermeister wünscht sich hier Wohnbauland.

Die vier Millionen Euro Anlagenvermögen der Garageneigentümer sind dann futsch oder zu entschädigen. Die dort neu Wohnenden dürfen



Bericht
Stand | 14. Juli 2014

sich auf lauten Bahnlärm freuen: 60 bis 70 dB (A) nachts. Bis zu 200 PKW-Fahrer suchen dann tagtäglich einen Parkplatz am Rand der Gerhart-Hauptmann-Straße, der Hohenbinder Straße und deren Nebenstraßen bis weit nach Karutzhöhe hinein. Etwa 1,4 Kilometer freien Straßenrandes bedarf es, um alle PKW unterzubringen (mit 7 Meter/PKW gerechnet).

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (INSEK)

..., sind in vielen brandenburgischen Kommunen zentrale, die formelle Bauleitplanung ergänzende, Planwerke ... Jede Stadt erarbeitet eine eigene Entwicklungsstrategie, die auf einer Analyse der eigenen Stärken (und Schwächen) basiert ... In der Fortschreibung der vorhandenen städtischen Entwicklungsplanung zu informellen umsetzungsorientierten INSEK liegt die Chance, den integrativen und prozessualen Ansatz zu stärken und diese Konzepte als zentrales Steuerungsinstrument zur Basis für die örtliche Stadtentwicklungsstrategie weiter zu entwickeln. Das Land Brandenburg hat zugleich eine Grundlage für die Ausreichung unterschiedlicher Fördermittel.

In den Prozess der INSEK-Erstellung müssen wichtige Personen und Akteure des Stadtlebens wie Vereine und Unternehmen, die nichtkommunalen öffentlichen Träger der Infrastruktur ... aktiv einbezogen werden. In gleicher Weise ist eine regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit sicherzustellen ...

Quelle: www.mil.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.298283.de

Nächste Stadtverordnetenversammlung mit Bürgerfragestunde:

**2. Dezember 2014, 18.30 Uhr,
Rathaus, Bürgersaal**

Impressum

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon: 5 74 70 03
Redaktionsschluss: 20. November 2014
Druck: YesPrint e.K., Köln; Auflage: 1 000 Stück
E-Mail: kontakt@linke-erkner.de
Internet: www.linke-erkner.de

■ Maßnahme 5.8

... befasst sich mit „Prototypen Gebäudeumbau“. Hier soll es unter anderem um die „Aufstockung eines Wohnungsbaus“ gehen. Vorstellbar für ein solches Vorhaben wären die Bauten entlang der Friedrichstraße, in Neu-Buchhorst aber auch die Gebäude entlang der Straße „Am Kurpark“. Anhand eines Versuchsbaus sollen Machbarkeit und Resonanz erforscht werden. Der Bürgermeister wünscht, dass Erkner in die Höhe wächst.

Die Gebäude lassen sich nicht einfach so mal aufstocken. Ihre Standfestigkeit (Statik) ist für fünf Etagen ausgelegt. Tragende Elemente müssten verstärkt werden, Mieter der oberen Etage zeitweilig ihre Wohnung räumen, die Aufzüge wären anzupassen, und, und, und. Ob die Geschäftsführung der Wohnungsgesellschaft diese Maßnahme unterstützt, geht aus dem Text nicht hervor.

■ Maßnahme 2.11

... „Kulturstützpunkt Erkner“ des zentralen Vorhabens „Förderung der sozialen und kulturellen Vielfalt“ will dem Kulturtourismus wesentliche Impulse geben (INSEK Erkner2025_Final_small.pdf, Seite 110). Dazu sei aber die Entwicklung neuer Formate erforderlich. Welche gemeint sind, geht aus dem Text nicht hervor. Meine Überlegung: Man sollte Persönlichkeiten und Persönchen von hier mit Genussmitteln verbinden. Hauptmannkugeln (a'la Mozartkugeln), Hauptmanns Kirschgeist, Bahnwärter Thiel Tränen (Absinth), Lichterfestpilze und ähnliches könnten dem Kulturtourismus wesentliche Impulse verleihen ... Oder etwa nicht?



Zeichnung: Gertraud Zucker

NACHRICHTEN AUS DER KOMMUNALPOLITIK

■ Ohne Votum des Finanzausschusses rund 3 Millionen vergeben

Die Sanierung, Aufstockung und Erweiterung der KITA/Hort „Koboldland“ in der Langen Straße soll die stolze Summe von 3.231.909,10 Euro kosten. Diese Baumaßnahme ist notwendig, weil nach einem verwaltungsinternen Moratorium von einem steigenden Bedarf von 131 zusätzlichen Plätzen bis 2019 ausgegangen wird.

Die Stadtverordnetenversammlung am 2. Dezember 2014 soll nun beschließen, dass die in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11. November vorgestellte Vorzugsvariante umgesetzt wird. Alle Beteiligten, vom DRK als Träger bis zum Jugendamt des Kreises, seien laut Aussage des Bürgermeisters angehört und alle Möglichkeiten der energiesparenden Bauweise geprüft worden.

■ Mehr Demokratie unerwünscht

Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Einwohnerbeteiligungssatzung sind wichtige Dokumente, um die demokratische Mitwirkung von Einwohnern und Stadtverordneten in einer Gemeinde zu regeln. Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits im September 2014 diverse Anträge gestellt (siehe im Internet auf www.linke-erkner.de unter Neues aus der Stadtverordnetenversammlung, 6. Wahlperiode – 2014 bis 2019, - 2. SVV, 30. September 2014).

Sie wurden in allen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung beraten und mit unterschiedlichen Ergebnissen abgestimmt. Im Hauptausschuss lehnte die Mehrheit aber alle ab. Der Grund: Die Verwaltung zieht sich auf die Minimal-

Zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses waren alle Mitglieder der anderen Fachausschüsse eingeladen. Alle konnten ihre Fragen stellen und ihre Standpunkte äußern. Abstimmen durften aber nur die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses. Der Antrag der LINKEN, dass auch der Finanzausschuss am 12. November und der Hauptausschuss am 18. November ihre Empfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung abgeben sollten, wurde nicht einmal diskutiert.

Ausgaben in Höhe von drei Millionen Euro und zwei bis drei Jahre Baugeschehen in der Umgebung einschließlich einer Unterbringung unserer Kinder in Containern scheinen nicht so wichtig zu sein, dass es einer gründlichen Beratung bedarf.

standards der Brandenburger Mustersatzungen zurück. Mehr Demokratie ist nicht nötig. Veröffentlichungen von Beschlussvorlagen im Internet, Inhaltsprotokolle der Sitzungen, Antworten zu Anfragen von Stadtverordneten zu Anfang der Sitzungen, Redebeiträge von Nicht-Erkneranern, auch aus unserem Mittelzentrumsbereich, in der Bürgerfragestunde sind unerwünscht.

Besonders schizophoren: Die Verwaltung will Änderungen an den Dokumenten entsprechend einiger Vorschläge der LINKEN vornehmen (z.B. die Anzahl der Ausschussmitglieder mit neun – wie es der Realität entspricht – in der Geschäftsordnung angeben), empfiehlt aber die Ablehnung eines entsprechenden Antrages der LINKEN.

■ Verpachtung der Gaststätte im Sportzentrum Erkner

Eine sachkundige Einwohnerin der CDU hatte im Sozialausschuss am 10. November nach dem derzeitigen Stand der Verpachtung der Gaststätte im Sportzentrum gefragt. Dort bekam sie keine Antwort – jetzt aber am 18. November im Hauptausschuss.

Frau Warmuth schreibt: „Die Verwaltung hat bereits mehrfach informiert, dass der Pachtvertrag für die Gaststätte im Sportzentrum Erkner zum 19.08.2014 gekündigt wurde. Bereits im

Vorfeld hat der Pächter erklärt, dass er an einer Verlängerung des Pachtvertrages nicht interessiert ist. Es erfolgte die Ausschreibung der Neuverpachtung. Bisher leider ohne Erfolg. Es haben sich mehrere Interessenten gemeldet. Der Abschluss eines Pachtvertrages erfolgte jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht. Der Kioskbetrieb erfolgt zurzeit durch einen Caterer. Damit wird die Versorgung bei Veranstaltungen abgesichert.“

Muss der Landesverfassungsschutz in Erkner aktiv werden?

Erkner verstößt seit mehreren Jahren gegen die Kommunalverfassung



*Dr. Elvira Strauß,
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE,
Vorsitzende des
Sozialausschusses*

Vermutlich werden in den nächsten Wochen Männer mit Schlapphüten, Trenchcoats und Sonnenbrillen die Stadtverwaltung in Erkner stürmen, denn seit Jahren wird hier gegen Recht und Gesetz verstoßen.

Die Brandenburgische Kommunalverfassung sieht im § 67 Absatz 4 vor, dass die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushalts-

aufsichtsbehörde vorzulegen ist. Die Vorlage soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen. Der § 82 fordert: „Die Gemeinde hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen.“ Der § 85 sagt: „Die Gemeinde hat für das erste

Haushaltsjahr, in dem die Haushaltswirtschaft gemäß § 63 Abs. 3 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt werden soll, eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.“

Nichts von dem passiert in unserer Stadt. Den Haushaltsplan für 2015 gibt es noch nicht einmal als Entwurf. Er wird also in diesem Jahr nicht von den Stadtverordneten verabschiedet werden können. Die Jahresabschlüsse sind seit 2011 nicht vorgelegt worden, die Eröffnungsbilanz seit drei Jahren überfällig.

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich am 8. Juli 2014 an den Landrat gewandt, um zu erfahren, wie rechtssicher das Handeln der Verwaltung in Erkner ist und bekam am 15. Juli die unten im Kasten stehende Antwort (Auszug).

Erkner ist offensichtlich eine Kommune wie viele andere. Die Herren vom Verfassungsschutz des Landes Brandenburg werden offensichtlich nicht in Erkner zum Einsatz kommen. So schlimm ist der Rechtsbruch nun doch nicht, oder droht nur eine Überarbeitung der Schlapphüte?

Im Hinblick auf die gesetzlichen Fristen für die Erstellung und Beschlussfassung der Eröffnungsbilanz sieht das geltende Kommunal- und Haushaltsrecht des Landes Brandenburg keine Ausnahmen vor. In der Kommunalverfassung als auch im v. g. Rundschreiben des Innenministeriums vom 04.04.2011 ist die Problematik der „nicht fristgerechten Beschlussfassung über Eröffnungsbilanzen“ nicht aufgegriffen worden.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Überschreitung der gesetzlichen Fristen für die Beschlussfassung über die Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüsse bei einer Vielzahl von Kommunen im Landkreis Oder-Spree zu verzeichnen ist. Da ähnliche Situationen auch in anderen Landkreisen des Landes Brandenburg bestehen, ist zu schlussfolgern, dass es sich hierbei um ein landesweites Problem handelt. Gleichmaßen wurde festgestellt, dass der Zeitbedarf für die Umstellung auf das doppelte Haushalts- und Rechnungswesen erheblich unterschätzt wurde.

Der Landkreis Oder-Spree wird sich mit dieser Gesamtproblematik an das Innenministerium des Landes Brandenburg wenden. Hierbei sollen insbesondere Möglichkeiten hinterfragt werden, fortwährende Fristüberschreitungen hinsichtlich der Beschlussfassungen über die Jahresabschlüsse durch die jeweiligen Kommunalvertretungen zu vermeiden bzw. zukünftig diesbezüglich den gesetzlichen Anforderungen entsprechen zu können.

Freundliche Grüße

Manfred Zelenka
Landrat